

Wie wird der Kapitalismus enden?

Von Wolfgang Streeck

Gegenwärtig ist das Gefühl weit verbreitet, dass der Kapitalismus sich in einem kritischen Zustand befindet, kritischer als irgendwann sonst seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.¹ Im Rückblick erweist sich, dass der Crash des Jahres 2008 lediglich die jüngste einer langen Abfolge politischer und wirtschaftlicher Funktionsstörungen war, die mit dem Ende der Nachkriegsprosperität Mitte der 1970er Jahre einsetzten. Von Krise zu Krise nahm deren Schwere zu, Tempo und Ausmaß ihrer Ausbreitung wuchsen in einer immer stärker verflochtenen Weltwirtschaft rapide an. Der weltweiten Inflation der 70er Jahre folgte eine wachsende Staatsverschuldung, und die in den 90er Jahren betriebene Haushaltskonsolidierung ging mit einem scharfen Anstieg der Verschuldung im Privatsektor einher.²

Seit nunmehr vier Jahrzehnten sind in der „fortgeschrittenen“ industriellen Welt sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene Ungleichgewichte der Normalzustand. Tatsächlich haben die Krisen des Nachkriegskapitalismus der OECD-Welt mit der Zeit einen derart prägenden Einfluss gewonnen, dass sie ihrem Wesen nach zunehmend weniger als bloße Wirtschaftskrisen angesehen werden. Das führte zur Wiederentdeckung der älteren Vorstellung einer kapitalistischen *Gesellschaft* – einem Verständnis des Kapitalismus als Gesellschaftsordnung und Lebensweise, deren Existenz entscheidend vom ununterbrochenen Fortgang der privaten Kapitalakkumulation abhängt.

Krisensymptome gibt es viele, doch ragen unter ihnen drei Langzeittrends in der Entwicklung reicher, hochindustrialisierter – oder besser: zunehmend de-industrialisierter – kapitalistischer Gesellschaften heraus. Da ist erstens der anhaltende, durch die Ereignisse von 2008 noch verschärzte Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums. Zweitens gibt es, verbunden hiermit, einen ebenfalls anhaltenden Anstieg der Gesamtverschuldung in führenden kapitalistischen Volkswirtschaften, in denen Regierungen, Privathaushalte und Unternehmen der Finanz- wie der Realwirtschaft vierzig Jahre hindurch finanzielle Verbindlichkeiten angehäuft haben. Drittens nimmt, während die Verschuldung ansteigt und die Wachstumsraten sinken, die Ungleichheit sowohl der Einkommen als auch der Vermögen ebenfalls schon Jahrzehntelang zu.

1 Dieser Beitrag basiert auf der Anglo German Foundation Lecture 2014 der British Academy in London; aus dem Englischen übersetzt von Karl D. Bredthauer.

2 Ich habe diesen Zusammenhang ausführlicher behandelt in *Buying Time, The Delayed Crisis of Democratic Capitalism*, London und New York 2014 (Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013).

Stetiges Wachstum, stabiles Geld und ein gewisses Maß an sozialer Gleichheit, um auch jene, die nicht über Kapital verfügen, in den Genuss einiger der Früchte des Kapitalismus gelangen zu lassen, galten lange Zeit als unerlässliche Bedingung für die Legitimität einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Aus diesem Blickwinkel muss besonders beunruhigen, dass die drei genannten kritischen Trends sich womöglich wechselseitig verstärken. Es mehren sich die Belege dafür, dass die zunehmende Ungleichheit eine der Ursachen für das nachlassende Wirtschaftswachstum sein könnte, denn Ungleichheit behindert mögliche Produktivitätsfortschritte, während sie zugleich die Nachfrage schwächt.³ Schwaches Wachstum wiederum verstärkt die Ungleichheit, indem es die Verteilungskonflikte verschärft und Zugeständnisse an die Armen in den Augen der Reichen verteuert. Diese beharren deshalb um so entschiedener auf der strikten Einhaltung des freie Märkte regierenden „Matthäus-Prinzips“: „Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, dass er Fülle habe; wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen, was er hat.“⁴ (Matth. 25, 29) Darüber hinaus verschlimmert die zunehmende Verschuldung, die den Niedergang des Wirtschaftswachstums nicht aufhalten konnte, durch den mit der Finanzialisierung des Kapitalismus verbundenen Strukturwandel die Ungleichheit weiter – ungeachtet dessen, dass sie zunächst auch zur Kompensation stagnierender Arbeitseinkommen und zurückgeschnittener öffentlicher Dienstleistungen sowie der durch diese verstärkten Einkommensungleichheit hatte dienen sollen.

Kann eine solche Entwicklung, die einem Teufelskreis vergleichbar scheint, immer so weitergehen? Oder gibt es Gegenkräfte, die den Zirkel aufbrechen könnten? Und was passiert, wenn diese, wie jetzt schon fast vier Jahrzehnte lang, *nicht* in Erscheinung treten? Von Historikern hören wir, dass Krisen für den Kapitalismus nichts Neues und möglicherweise sogar erforderlich sind, damit es ihm auf längere Sicht gut geht. Allerdings beziehen sie sich dabei auf zyklische Bewegungen oder zufällige Schocks, nach denen kapitalistische Wirtschaftssysteme, zumindest zeitweilig, zu einem neuen Gleichgewicht finden können. Doch was wir derzeit erleben, erscheint im Rückblick als ein kontinuierlicher Prozess schrittweisen Niedergangs, der sich zwar hinzieht, aber um so unerbittlicher durchsetzt. Die Erholung nach gelegentlichen „Reinigungskrisen“ ist das eine, aber die Auflösung einer Verkettung von Langzeittrends, die einander wechselseitig verstärken, wäre etwas ganz anderes. Wenn wir davon ausgehen, dass immer schwächeres Wachstum, immer größere Ungleichheit und immer höhere Verschuldung nicht unbegrenzt anhalten können und zusammengenommen auf die Dauer in eine Krise münden müssten, die systemischer Natur wäre – eine Krise, deren Beschaffenheit wir uns konkret noch kaum vorstellen können: Gibt es dann irgendwelche Anzeichen dafür, dass eine Umkehr der drei Trends bevorstehen könnte?

3 Siehe die jüngste OECD-Studie zur wirtschaftlichen Situation in Deutschland.

4 Robert Merton hat diesen sozialen Mechanismus als Erster beschrieben: The Matthew Effect, in: „Science“, Bd. 159, Nr. 3810, 5.1.1968, S. 56-63. Ein heute geläufigerer Begriff wäre kumulativer Vorteil.

Ein weiterer Notbehelf

In dieser Hinsicht gibt es nichts Gutes zu berichten. Seit 2008, dem bisherigen Höhepunkt der Nachkriegs-Krisensequenz, sind mittlerweile gut sechs Jahre verstrichen. Als die Erinnerung an den Abgrund noch frisch war, herrschte kein Mangel an Forderungen nach „Reformen“, die die Welt vor einer Wiederholung bewahren sollten. Internationale Konferenzen und Gipfeltreffen jeglicher Art folgten einander auf dem Fuß, aber über ein halbes Jahrzehnt später zeigt sich, dass sie so gut wie nichts bewirkt haben. Unterdessen konnte die Finanzindustrie, von der das Desaster ausgegangen war, sich bestens erholen: Gewinne, Dividenden, Gehälter und Boni sind wieder, was sie waren, während die Re-Regulierung im Gestrüpp internationaler Verhandlungen und innerstaatlicher Lobbytätigkeit hängen geblieben ist. Die Regierungen, und insbesondere die der Vereinigten Staaten, befinden sich nach wie vor fest im Griff der Finanzindustrie. Diese wiederum wird großzügig mit billigem Geld versorgt, welches ihre Freunde in den Zentralbanken für sie aus dem Nichts herbeizaubern, darunter der frühere Goldman Sachs-Mann Mario Draghi an der Spitze der EZB. Auf diesem Geld sitzen die Banken jetzt, soweit sie es nicht in weitere Staatsverschuldung investieren. Das Wirtschaftswachstum dümpelt derweil vor sich hin, desgleichen die Arbeitsmärkte; beispiellose Liquiditätsspritzen haben es nicht vermocht, die Wirtschaft „anzukurbeln“; und die Ungleichheit nimmt immer erstaunlichere Ausmaße an, nachdem die Erträge des bisschen Wachstums, das es noch gibt, in die Taschen des obersten Prozents der Einkommensbezieher geflossen sind – und der Löwenanteil in die Taschen eines Bruchteils derselben.⁵

Es sieht also nicht so aus, als gäbe es gute Gründe, optimistisch zu sein. Der OECD-Kapitalismus wird seit geraumer Zeit durch großzügige Injektionen frei geschöpften Geldes in Gang gehalten, im Rahmen einer Strategie monetärer Expansion, deren Architekten selbst am besten wissen, dass sie nicht beliebig lange fortgesetzt werden kann.

2013 wurde denn auch tatsächlich – in Japan ebenso wie in den Vereinigten Staaten – mehrfach versucht, zur Entwöhnung überzugehen. Als aber daraufhin die Aktienkurse einbrachen, vertagte man das sogenannte *tapering* erneut. Mitte Juni erklärte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel (BIZ) – die Mutter aller Zentralbanken –, die Politik des billigen Geldes (*quantitative easing*, im BIZ-Deutsch „akkomodierende Geldpolitik“ genannt, anderswo auch „quantitative Lockerung“) müsse beendet werden. In ihrem Jahresbericht 2012/13 wies sie darauf hin, dass die Zentralbanken als Reaktion auf die Krise und die schleppende Erholung ihre Bilanzen derart ausgeweitet hätten, dass diese inzwischen „insgesamt auf etwa das Dreifache des Vorkrisenniveaus angestiegen“ seien – und immer

⁵ Vgl. Emmanuel Saez, *Striking It Richer: The Evolution of Top Incomes in the United States*, 2.3.2012, verfügbar auf Saez' persönlicher Webseite bei der UC Berkeley; und Facundo Alvaredo, Anthony Atkinson, Thomas Piketty und Emmanuel Saez, *The Top 1 per cent in International and Historical Perspective*, in: „Journal of Economic Perspectives“, 3/2013, S. 3-20.

noch wachsen.⁶ Zwar sei dies nötig gewesen, um einen „Kollaps des Finanzsystems“ zu verhindern, doch jetzt müsse das Ziel darin bestehen, „die nach wie vor langsam wachsenden Volkswirtschaften zu einem kräftigen und nachhaltigen Wachstum zurückzuführen“. Dies jedoch übersteige die Fähigkeiten der Zentralbanken, welche nämlich „nicht die Strukturreformen im Wirtschafts- und Finanzbereich durchsetzen [können], die notwendig sind, um die Volkswirtschaften zu dem realen Wachstum zurückzuführen, das sowohl die Regierungen als auch die Bürger wünschen und erwarten. Was die akkommadierende Geldpolitik in der Erholungsphase aber bewirkt hat: Es wurde Zeit gewonnen [...]. Allerdings wurde diese Zeit nicht gut genutzt: Die anhaltend niedrigen Zinsen und unkonventionellen Maßnahmen haben es dem Privatsektor nämlich einfach gemacht, den Schuldenabbau auf die lange Bank zu schieben, sie haben es den Regierungen einfach gemacht, Defizite zu finanzieren, und sie haben es den zuständigen Instanzen einfach gemacht, die notwendigen Reformen in der Realwirtschaft und im Finanzsystem hinauszuzögern. Billiges Geld macht es eben leichter, Schulden aufzunehmen anstatt zu sparen, Geld auszugeben anstatt Steuern zu erheben, und weiterzumachen wie bisher anstatt etwas zu verändern.“

Diese Sicht der Dinge teilte offenbar selbst die Federal Reserve (Fed) der USA. Im Spätsommer 2013 schien es, als signalisiere die Fed erneut, dass die Zeit des billigen Geldes zu Ende gehe. Doch schon im September wurde die allgemein erwartete Rückkehr zu höheren Zinssätzen wieder verschoben. Zur Begründung hieß es, „die Wirtschaft“ erscheine weniger „kräftig“, als man gehofft habe. Umgehend stiegen weltweit die Aktienkurse.

Der wahre Grund dafür, dass die Rückkehr zu einer konventionelleren Geldpolitik so schwer fällt, ist einer, den eine internationale Einrichtung wie die BIZ unbekümmter ausbuchstabieren kann als eine – bis jetzt noch – politisch exponiertere nationale Zentralbank. Wie die Dinge liegen, besteht er nämlich darin, dass die einzige Alternative zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus mit Hilfe unbegrenzter Geldversorgung seine Revitalisierung durch neoliberalen Wirtschaftsreformen wäre. „Erhöhung der Flexibilität: der Schlüssel zum Wachstum“ heißt das im BIZ-Jahresbericht 2012/13 unmissverständlich, in der Überschrift des ersten Unterkapitels. Anders gesagt: Bittere Medizin für die Vielen, verbunden mit stärkeren Anreizen für die Wenigen.⁷

Schwierigkeiten mit der Demokratie

An dieser Stelle muss eine Erörterung der Krise des heutigen Kapitalismus und seiner Zukunft sich der Frage der Demokratie zuwenden. Kapitalismus und Demokratie hatten lange als Gegensätze gegolten, bevor die

6 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 83. Jahresbericht, 1. April 2012 – 31. März 2013, Basel 2013, S. 5.

7 Selbst das erscheint nicht gerade vielversprechend für Länder wie die USA oder Großbritannien, wo unklar ist, welche neoliberalen „Reformen“ dort überhaupt noch umgesetzt werden können.

Nachkriegsordnung ihre Aussöhnung bewirkt zu haben schien. Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein lebten Kapitaleigner in der Furcht, demokratische Mehrheiten könnten das Privateigentum abschaffen, während Arbeiter und Arbeiterorganisationen damit rechneten, dass die Kapitalisten zur Verteidigung ihrer Privilegien eine Rückkehr zu autoritären Herrschaftsformen finanzieren würden. Erst in der Welt des Kalten Krieges schienen Kapitalismus und Demokratie Verbündete geworden zu sein: Der wirtschaftliche Fortschritt ermöglichte es Arbeitnehmermehrheiten, ein Regime der Marktfreiheit und des Privateigentums zu akzeptieren, was wiederum den Anschein erweckte, als seien die demokratischen Freiheiten untrennbar mit freien Märkten und Gewinnstreben verbunden, ja sogar abhängig von diesen. Heute aber sind die Zweifel an der Vereinbarkeit einer kapitalistischen Wirtschaftsweise mit demokratischer Politik mit aller Wucht zurückgekehrt. In der breiten Bevölkerung herrscht mittlerweile weithin das Gefühl, dass die offizielle Politik in ihrem Leben keinen Unterschied macht – siehe den allgegenwärtigen Eindruck von Blockade, Inkompétence und Korruption in einer politischen Klasse, die sich zunehmend „nach unten“ abzuschließen und sich selbst zu bedienen scheint, vereint in dem Anspruch, dass es zu ihr und ihrer Politik „keine Alternative“ gibt. Ein Resultat ist der überall zu beobachtende Rückgang der Wahlbeteiligung, verbunden mit erhöhter Volatilität des Abstimmungsverhaltens, was angesichts des Aufstiegs „populistischer“ Protestparteien zu immer stärkerer Stimmzversplitterung und verbreiteter Instabilität der Regierungen oder, alternativ, zu „großen Koalitionen“ der traditionellen „Volksparteien“ führt.⁸

Die Legitimität der Nachkriegsdemokratie beruhte auf der Prämisse, dass Staaten über die Fähigkeit verfügen, in das Marktgeschehen zu intervenieren und dessen Ergebnisse im Interesse der Mehrheit ihrer Bürger zu korrigieren. Jahrzehnte zunehmender Ungleichheit und die Ohnmacht der Staaten und Regierungen vor, während und nach der Krise von 2008 haben Zweifel an dieser Annahme wachsen lassen. Regierungen und Parteien in den OECD-Demokratien reagierten auf ihre zunehmende Irrelevanz in einer globalen Marktwirtschaft, indem sie mehr oder weniger entspannt zuschauten, wie der „demokratische Klassenkampf“ sich in postdemokratisches Politainment verwandelte.⁹

Vom Nachkriegs-Keynesianismus zum neoliberalen Hayekianismus

Unterdessen ging die Transformation der politischen Ökonomie des Kapitalismus aus dem Nachkriegs-Keynesianismus in den neoliberalen Hayekianismus der Gegenwart immer weiter: An die Stelle der politischen Formel von Wirtschaftswachstum durch Umverteilung von oben nach unten trat eine neue Doktrin, die sich und anderen wirtschaftlichen Fortschritt als Folge

8 Vgl. Armin Schäfer und Wolfgang Streeck (Hg.), *Politics in the Age of Austerity*, Cambridge 2013.

9 Walter Korpi, *The Democratic Class Struggle*, London 1983; und Colin Crouch, *Post-Democracy*, Cambridge 2004.

einer Umverteilung von unten nach oben verspricht. Egalitäre Demokratie, wie sie unter dem Keynesianismus als ökonomisch produktiv angesehen wurde, gilt dem zeitgenössischen Hayekianismus als effizienzschädigend, demzufolge wirtschaftlicher Fortschritt durch Abschirmung der Märkte und des durch sie bewirkten kumulativen Vorteils gegen redistributive politische Verzerrungen erreicht wird.

Ein zentraler Topos der antidemokratischen Rhetorik von heute ist die Fiskalkrise des Staates, wie sie in der erstaunlichen Zunahme der öffentlichen Verschuldung seit den 70er Jahren zum Ausdruck kommt. Die wachsende Staatsverschuldung wird Wählermehrheiten angelastet, die über ihre Verhältnisse leben, indem sie die „Allmende“ ihrer Gesellschaften plündern, sowie opportunistischen Politikern, die sich die Unterstützung kurzsichtiger Wähler mit Geld erkaufen, das ihnen nicht gehört und das sie nicht haben.¹⁰ Doch dass die Krise der Staatsfinanzen wohl kaum durch einen umverteilungsdemokratischen Exzess verursacht worden sein kann, zeigt sich daran, dass der Anstieg der Staatsverschuldung mit einem Niedergang der Wahlbeteiligung, besonders am unteren Ende der Einkommensskala, einherging, sowie mit schrumpfenden Gewerkschaften, dem nahezu vollständigen Verschwinden von Streiks, Einschnitten bei den Sozialleistungen und einer Explosion der Einkommensungleichheit. In Wirklichkeit hing die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen mit dem Niedergang des Steueraufkommens und dem zunehmend degressiven Charakter der Steuersysteme zusammen, beides Ergebnis von „Reformen“ bei der Besteuerung der Spitzeninkommen und Unternehmen.

Darüber hinaus steigerten die Regierungen die Ungleichheit noch, als sie Steuereinnahmen durch Staatsverschuldung ersetzten: Denen, deren Geld sie nicht länger konfiszieren konnten oder wollten, so dass sie es sich stattdessen leihen mussten, boten sie damit sichere Anlagemöglichkeiten. Im Unterschied zum Steuerzahler gehört dem Käufer von Staatsanleihen das, was er dem Staat überlässt, auch weiterhin. Er erhält sogar Zinsen darauf, die in der Regel aus einer immer weniger progressiven Besteuerung aufgebracht werden; zudem kann er es seinen Kindern vererben. Im Übrigen lässt steigende Staatsverschuldung sich, wie es ja tatsächlich geschieht, politisch instrumentalisieren, nämlich als Argument zugunsten staatlicher Ausgabenkürzungen und der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. So werden die Möglichkeiten umverteilender demokratischer Intervention in die kapitalistische Ökonomie weiter beschnitten.

Die institutionelle Absicherung der Marktwirtschaft gegen demokratische Eingriffe hat in den letzten Jahrzehnten erhebliche Fortschritte gemacht. Die Gewerkschaften befinden sich allenthalben im Niedergang und sind in zahlreichen Ländern, insbesondere den Vereinigten Staaten, nahezu eliminiert. Die Wirtschaftspolitik ist weithin in die Hände unabhängiger – das heißt demokratisch nicht rechenschaftspflichtiger – Zentralbanken übergegangen.

10 Diese Sicht der Fiskalkrise entstammt der Public Choice Theorie, wie sie von James Buchanan und seiner Schule stark gemacht wurde; vgl. u.a. Buchanan und Gordon Tullock, *The Calculus of Consent: Logical Foundations of Constitutional Democracy*, Ann Arbor 1962.

gen, denen es vor allem um das Wohlergehen und Wohlwollen der Finanzmärkte zu tun ist und sein muss.¹¹

In Europa wird die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, einschließlich der Lohnfindung und der Haushaltspolitik, zunehmend durch supranationale Einrichtungen wie die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank gesteuert, die sich außerhalb der Reichweite massendemokratischer Willensbildung befinden. Das bewirkt eine faktische Entdemokratisierung des europäischen Kapitalismus, was natürlich durchaus nicht dessen Entpolitisierung bedeutet.

»Marktkonforme Demokratie« – die politische Utopie des neoliberalen Mainstreams

Dennoch gibt es innerhalb der profitablen Klassen weiterhin Zweifel, ob die Demokratie – selbst in ihrer gegenwärtigen ausgehöhlten Version – die Durchsetzung jener neoliberalen „Strukturreformen“ wirklich zulässt, derer es bedarf, damit ihr Regime sich erholt. Ganz wie normale Bürger, wenngleich aus entgegengesetzten Gründen, verlieren die Eliten ihren Glauben an die demokratische Regierungsweise – in ihrem Fall: an deren Fähigkeit, Gesellschaften im Einklang mit Marktimperativen umzugestalten. Die Public-Choice-Schule verunglimpft demokratische Politik als Verfälschung der Marktgerechtigkeit im Dienste opportunistischer Politiker und ihrer Klientel. Im Diskurs der Eliten gilt diese Auffassung mittlerweile als Gemeinplatz – ebenso wie der Glaube, der Marktkapitalismus werde nach seiner Reinigung von den Auswirkungen demokratischer Einflussnahme nicht nur effizienter, sondern auch tugendhafter und verantwortlicher funktionieren.¹² Länder wie China beglückwünscht man, weil ihr autoritäres politisches System soviel besser als die mehrheitsabhängige Demokratie mit ihrem Hang zum Egalitarismus gerüstet sei, die sogenannten Herausforderungen der Globalisierung zu meistern. Die einschlägige Rhetorik beginnt verdächtig der Bewunderung zu ähneln, die die kapitalistischen Eliten in den Zwischenkriegsjahren dem deutschen und italienischen Faschismus (und sogar dem stalinistischen Kommunismus) entgegenbrachten, weil deren ökonomische Regime ihnen überlegen erschienen.¹³

Die politische Utopie des neoliberalen Mainstreams besteht heute fürs Erste in einer „marktkonformen Demokratie“, die ohne die Fähigkeit zu Marktkorrekturen auskommt und zu einer „anreiz-kompatiblen“ Umverteilung von

11 Es wird häufig vergessen, dass die meisten Zentralbanken, auch die BIZ, seit langer Zeit und noch immer teils in privatem Besitz sind. So wurden etwa die Bank of England und die Bank von Frankreich erst nach 1945 verstaatlicht. Die „Unabhängigkeit“ der Zentralbanken, wie in den 90er Jahren in vielen Ländern eingeführt, kann als eine Art von Reprivatisierung verstanden werden.

12 Natürlich ist der Neoliberalismus, wie Colin Crouch gezeigt hat, in seiner tatsächlichen Form eine politisch fest verankerte Oligarchie gigantischer multinationaler Firmen. Vgl. Colin Crouch, *The Strange Non-Death of Neoliberalism*, Cambridge 2011; ders., *Das lange Leben des Neoliberalismus*, in: „Blätter“, 11/2011, S. 49–62.

13 Vgl. Daniel A. Bell, *Beyond Liberal Democracy: Political Thinking for an East Asian Context*, Princeton 2006; und Nicolas Berggruen und Nathan Gardels (Hg.), *Intelligent Governance for the 21st Century: A Middle Way between West and East*, London 2012.

unten nach oben führt.¹⁴ Obwohl dieses Projekt sowohl in Westeuropa als auch in den Vereinigten Staaten schon weit gediehen ist, sorgen seine Betreiber sich weiterhin, dass die aus den Zeiten des Nachkriegskompromisses ererbten politischen Institutionen irgendwann und irgendwie, in einer letzten Anstrengung, von Wählermehrheiten zurückerober werden könnten, um einer neoliberalen Lösung der Krise den Weg zu versperren. Der Druck der Eliten, die egalitäre Demokratie ökonomisch zu neutralisieren, geht deshalb unvermindert weiter. In Europa geschieht dies in Gestalt einer anhaltenden Verlagerung politisch-wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse hin zu supranationalen Institutionen, etwa der Europäischen Zentralbank oder dem Europäischen Rat der Regierungschefs.

Der Kapitalismus am Abgrund?

Geht es also mit dem Kapitalismus zu Ende? In den 80er Jahren gab man die Vorstellung auf, der „moderne Kapitalismus“ könne als technokratisch regierte und demokratisch kontrollierte *mixed economy* betrieben werden. Später, in der neoliberalen Revolution, hieß es, das „freie Spiel der Marktkräfte“ werde die zugehörige Ordnung, sozial wie ökonomisch, auf wohltätige Weise aus sich selbst heraus schaffen. Doch der Crash von 2008 diskreditierte die Vorstellung, dass selbstregulierende Märkte von sich aus ins Gleichgewicht gelangen, ohne dass eine plausible neue Formel politisch-ökonomischer Steuerung in Sicht wäre. Schon dies allein lässt sich als Symptom einer Krise verstehen, die systemisch geworden ist, und dies um so mehr, je länger sie anhält. Ich glaube, es ist höchste Zeit, angesichts der Jahrzehnte nachlassenden Wachstums, zunehmender Ungleichheit und wachsender Verschuldung – wie auch der seit den 70er Jahren aufeinander folgenden Plagen von Inflation, Staatsverschuldung und Finanzimplosion – den Kapitalismus erneut als *historische* Erscheinung zu begreifen, das heißt als etwas, das nicht nur einen Anfang hat, sondern auch ein Ende. Um dies tun zu können, müssen wir uns allerdings von irreführenden Modellen gesellschaftlichen und institutionellen Wandels lösen. So lange wir uns sein Ende so vorstellen, als könne es auf leninistische Art durch eine Regierung oder ein Zentralkomitee beschlossen werden, muss uns der Kapitalismus zwangsläufig als immerwährend erscheinen. (Durch Beschluss abschaffbar war nur der Kommunismus, zentralisiert wie er in Moskau war.) Anders verhält es sich, wenn wir, statt uns seine kollektiv beschlossene Ablösung durch irgendeine vorausschauend entworfene Neue Ordnung vorzustellen, die Möglichkeit zulassen, dass der Kapitalismus von sich aus, von innen heraus kollabiert.

14 Der Ausdruck „marktkonform“ stammt von Angela Merkel. Die öffentliche Rhetorik der Kanzlerin scheint bewusst konzipiert, um zu verschleiern und zu verwirren. Ihre Stellungnahme zu dem Thema vom September 2011 lautet in originalem Merkel-Sprech: „Wir leben ja in einer Demokratie und sind auch froh darüber. Das ist eine parlamentarische Demokratie. Deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments. Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.“

Wir sollten – so mein Vorschlag – lernen, über ein Ende des Kapitalismus nachzudenken, ohne uns dabei die Beantwortung der Frage aufzubürden zu lassen, was denn an seine Stelle treten solle. Es ist ein marxistisches – oder besser: modernistisches – Vorurteil, dass der Kapitalismus als historische Erscheinung nur dann enden könne, wenn eine neue, bessere Gesellschaft in Sicht ist – und mit ihr ein revolutionäres Subjekt, bereit und in der Lage, diese um des Fortschritts der Menschheit willen zu verwirklichen. Diese Annahme setzt ein Maß an politischer Kontrolle über unser gemeinsames Schicksal voraus, von dem wir nicht einmal mehr träumen können, seit die neoliberal-globalistische Revolution die Fähigkeit zu kollektivem Handeln, ja selbst die Hoffnung darauf, zerstört hat. Es bedarf weder der utopischen Vision einer alternativen Zukunft noch übermenschlicher Voraussicht, um auf den Gedanken zu kommen, dass der Kapitalismus seiner „Götterdämmerung“ entgegenseht. Genau diese These gedenke ich zu begründen, auch wenn mir bewusst ist, wie oft der Kapitalismus schon früher totgesagt wurde.

Kapitalistischer Fortschritt, der seine stabilisierenden Grenzen zerstört

Tatsächlich haben, seit der Begriff in der Mitte des 18. Jahrhunderts gebräuchlich wurde, alle wichtigen Theoretiker des Kapitalismus dessen bevorstehendes Ableben vorausgesagt. Das gilt nicht nur für radikale Kritiker wie Marx oder Polanyi, sondern auch für bürgerliche Theoretiker wie Ricardo, Weber, Schumpeter, Sombart und Keynes.¹⁵

Dass etwas nicht eingetreten ist, obwohl es mit guten Gründen vorausgesagt wurde, bedeutet freilich nicht, dass es niemals eintreten wird; auch hier gibt es keinen induktiven Beweis. Ich glaube, dass diesmal die Dinge anders liegen. Dafür spricht, dass nicht einmal die Oberingenieure des Systems heute eine Vorstellung davon haben, wie der Kapitalismus dazu gebracht werden könnte, wieder rund zu laufen – man lese beispielsweise die mittlerweile veröffentlichten Protokolle der Beratungen im Vorstand der amerikanischen Zentralbank von 2008¹⁶ oder denke an die – schon erwähnte – verzweifelte Suche der Geldpolitiker nach dem richtigen Zeitpunkt zur Beendigung des *quantitative easing*. Doch das ist nur die Oberfläche des Problems. Tief(er)liegend geht es um die Tatsache, dass der kapitalistische Fortschritt mittlerweile buchstäblich jede Instanz, die ihn stabilisieren könnte, indem sie ihm Grenzen setzt, mehr oder weniger zerstört hat. Die Stabilität des Kapitalismus als sozioökonomisches System hing nämlich immer davon ab, dass seine Eigendynamik durch Gegenkräfte gezügelt wurde – durch kollektive Interessen und Institutionen, die die Kapitalakkumulation gesellschaftlichen Kontrollen unterwarfen. Das bedeutet, dass der Kapitalismus sich dadurch selbst den Boden unter den Füßen wegziehen kann, dass er zu erfolgreich ist.

15 Falls mich also der Lauf der Geschichte widerlegt, bin ich zumindest in guter Gesellschaft.

16 Siehe Gretchen Morgenson: A New Light on Regulators in the Dark, in: „New York Times“, 23.4.2014.

Der Artikel beschreibt „ein verstörendes Bild einer Zentralbank, die vor jedem drohenden Desaster des Jahres 2008 im Dunkeln tappte“.

Ein chronisch funktionsgestörtes Gesellschaftssystem

Das Bild, das ich mir vom Ende des Kapitalismus mache – einem Ende, dem wir uns meiner Auffassung nach gegenwärtig nähern – ist das eines aus sich heraus, und ohne dass es einer funktionsfähigen Alternative bedürfte, chronisch funktionsgestörten Gesellschaftssystems. Zwar können wir nicht wissen, wann und wie genau der Kapitalismus verschwinden wird und was nach ihm kommt. Entscheidend ist aber, dass nirgendwo eine Kraft zu sehen ist, von der eine Umkehr der drei Abwärtstrends – beim Wirtschaftswachstum, der sozialen Gleichheit und der finanziellen Stabilität – und die Beendigung ihrer wechselseitigen Verstärkung zu erwarten wäre.

Anders als in den 1930er Jahren zeichnet sich heute nirgendwo am Horizont, ob links oder rechts, eine Formel ab, welche den kapitalistischen Gesellschaften zu einem kohärenten neuen Regulierungssystem verhelfen könnte. Sowohl die soziale wie die Systemintegration scheinen irreversibel beschädigt und zu weiterem Niedergang verurteilt zu sein.¹⁷ Was im weiteren Verlauf am wahrscheinlichsten eintreten wird, ist eine kontinuierliche Akkumulation kleiner und nicht-so-kleiner Funktionsstörungen – keine davon für sich unbedingt tödlich, die meisten aber irreparabel, und dies um so mehr, als ihre Häufung es unmöglich macht, sie je einzeln zu beheben. Je weiter dieser Prozess voranschreitet, desto weniger werden die Teile des Ganzen noch zusammenpassen; Friktionen aller Art werden sich häufen, unvorhergesehene Auswirkungen sich ausbreiten und die Kausalzusammenhänge immer undurchsichtiger werden. Ungewissheit wird um sich greifen, Krisen jeglicher Art – Legitimations- oder Produktivitätskrisen oder beide zugleich – werden einander in schneller Folge ablösen, während Vorhersagbarkeit und Regierbarkeit weiter zurückgehen (noch weiter als schon jetzt). Schließlich und endlich werden dann die zahllosen, auf kurzfristiges Krisenmanagement hin konzipierten Behelfskonstruktionen unter der Last der alltäglichen Katastrophen zusammenbrechen, die ein in tiefe, anomische Unordnung abgeglittenes Gesellschaftssystem laufend produziert.

Was verstehen wir unter »Kapitalismus«?

Begreift man das Ende des Kapitalismus als Prozess statt als plötzlich eintretendes Ereignis, so stellt sich die Definitionsfrage: Was wollen wir unter „Kapitalismus“ verstehen?

Gesellschaften sind komplexe Gebilde und sterben anders, als Organisationen sterben: Sieht man von der seltenen Ausnahme einer vollständigen Auslöschung ab, geht jede Diskontinuität stets mit einem gewissen Maß an Kontinuität einher. Wenn wir vom Ende einer Gesellschaft sprechen, meinen wir damit, dass gewisse Merkmale ihrer Organisation, die wir für Wesensmerkmale der betreffenden Gesellschaft halten, verschwunden sind.

¹⁷ Zu diesen Begriffen vgl. David Lockwood, Social Integration and System Integration, in: George Zollschan und Walter Hirsch (Hg.), Explorations in Social Change, London 1964, S. 244-257.

Andere Merkmale können durchaus überlebt haben. Um also entscheiden zu können, ob der Kapitalismus lebt, stirbt oder tot ist, schlage ich vor, ihn als eine moderne Gesellschaft¹⁸ zu definieren, die ihre kollektive Reproduktion als unbeabsichtigte Nebenwirkung individuell rationaler, kompetitiver Profitmaximierung zum Zweck privater Kapitalakkumulation sicherstellt – vermittels eines „Arbeitsprozesses“, der privates Kapital mit kommodifizierter Arbeitskraft kombiniert, um so die Mandevillesche Verheißung der Verwandlung privater Laster in öffentliche Güter wahr werden zu lassen.¹⁹ Ebendiese Verheißung, behaupte ich, kann der gegenwärtige Kapitalismus nicht mehr einlösen – womit er am Ende seiner historischen Existenz als aus eigener Kraft reproduktionsfähige, nachhaltige, vorhersagbare und legitime Gesellschaftsordnung angekommen ist.

Auf welche Weise der so verstandene Kapitalismus untergehen wird, dürfte kaum irgendjemandes Blaupause folgen. Mit fortschreitendem Verfall wird er zwangsläufig politische Proteste und vielfältige Versuche kollektiver Intervention provozieren. Doch diese werden lange dem Aufbegehren der Maschinenstürmer ähneln: Örtlich begrenzt, verstreut, unkoordiniert, „primitiv“ werden sie die Unordnung vergrößern, ohne eine neue Ordnung schaffen zu können, bestenfalls unabsichtlich deren Zustandekommen befördernd. Man könnte meinen, dass sich im Verlauf einer lang anhaltenden Krise dieser Art immer wieder Gelegenheitsfenster für reformistisches oder revolutionäres Handeln öffnen werden. Es sieht jedoch so aus, als desorganisierte der desorganisierte Kapitalismus nicht nur sich selbst, sondern gleichzeitig auch seine Gegenkräfte, wodurch er diese der Fähigkeit beraubt, ihn entweder zu überwinden oder, alternativ, zu retten. Damit der Kapitalismus sein Ende findet, muss er deshalb selbst für seine Zerstörung sorgen – und genau das erleben wir heute.

1989 ff. – ein Pyrrhussieg

Doch warum sollte der Kapitalismus sich – bei all seinen Unzulänglichkeiten – überhaupt in einer Existenzkrise befinden, wo er doch auf keinerlei Opposition mehr stößt, die den Namen verdient? Als 1989 der Kommunismus implodierte, galt das weithin als Endsieg des Kapitalismus, als „Ende der

18 Oder, mit Adam Smith, eine „progressive“ Gesellschaft – eine, die auf ein im Prinzip grenzenloses Wachstum ihrer Produktivität und ihres Wohlstands, gemessen am Umfang ihrer Geldwirtschaft, aus ist.

19 Andere Definitionen von Kapitalismus betonen beispielsweise die friedliche Natur des kapitalistischen kommerziellen Markthandels, vgl. Albert Hirschman, *Rival Interpretations of Market Society: Civilizing, Destructive or Feeble?*, in: „Journal of Economic Literature“, 4/1982, S. 1463–1484. Dies verkennt aber, dass gewaltloser „Freihandel“ typischerweise nur im Zentrum des kapitalistischen Systems stattfindet, während in dessen historischer und geographischer Peripherie zügellose Gewalt herrscht. Zum Beispiel werden auf illegalen Märkten (Drogen, Prostitution, Waffen etc.), die durch private Gewalt regiert werden, enorme Summen an Geld für legale Investitionen angehäuft – eine Art primitiver Akkumulation. Außerdem gehen legitime staatliche und illegale private Gewalt oft ineinander über, nicht nur im kapitalistischen Grenzgebiet, sondern auch bei der Unterstützung des Zentrums für seine Kollaboratoren an der Peripherie. Nicht zuletzt muss die staatliche Gewalt im Zentrum gegen Dissidenten und Gewerkschaften, wo diese noch Bedeutung haben, berücksichtigt werden.

Geschichte". Selbst heute, nach der Erfahrung von 2008, bleibt die Alte Linke überall so gut wie bedeutungslos, während eine Neue Linke bisher kaum in Erscheinung tritt. Die Massen – die Armen und Machtlosen ebenso wie die relativ Gutgestellten – scheinen sich fest im Griff eines konsumeristischen Individualismus zu befinden, während kollektive Güter, kollektives Handeln und kollektive Organisierung gründlich aus der Mode gekommen sind. Warum also sollte der Kapitalismus nicht einfach immer weitergehen, und sei es aus keinem anderen Grund als dem, dass ernst zu nehmende Gegenspieler oder Rivalen fehlen?

Auf den ersten Blick spricht in der Tat viel dagegen, den Tod des Kapitalismus auszurufen, ungeachtet aller ominösen Schriftzeichen an der Wand der Geschichte. Was die wachsende Ungleichheit angeht, so gewöhnen die Menschen sich möglicherweise an sie, besonders bei kombinierter Nachhilfe durch öffentliche Unterhaltung und politische Repression. Im Übrigen häufen sich die Fälle, in denen Regierungen wiedergewählt werden, die Sozialausgaben gekürzt und öffentliche Dienste privatisiert haben, um den Eigentümern von Geld einen stabilen Geldwert bieten zu können. Und die Umweltzerstörung schreitet zwar fort, an der menschlichen Lebensspanne gemessen aber nur langsam, so dass man sie leugnen und gleichzeitig lernen kann, mit ihr zu leben. Technische Fortschritte, mit denen sich Zeit kaufen lässt – wie beispielsweise das Fracking – sind niemals ausgeschlossen. Und falls es für die pazifizierende Kraft des Konsumerismus überhaupt Grenzen gibt, scheinen wir ihnen jedenfalls noch nicht sehr nah gekommen zu sein. Darüber hinaus kann die Anpassung an immer zeit- und lebensraubendere Arbeitsregime auch als eine Art sportliche Herausforderung empfunden werden, als eine Gelegenheit, die eigene Leistungsfähigkeit zu erproben. Kulturelle Definitionen des Guten Lebens sind immer höchst dehnbar gewesen und könnten sich, im Gleichschritt mit der fortschreitenden Kommodifizierung, noch weiter dehnen lassen, zumindest so lange, wie politisch radikale oder religiöse Gegenströmungen gegen die kapitalismusgemäße Umerziehung sich unterdrücken, lächerlich machen oder auf andere Weise marginalisieren lassen. Und schließlich beziehen sich die meisten Stagnationstheorien dieser Tage nur auf den Westen oder gar nur auf die Vereinigten Staaten, nicht aber auf China, Russland, Indien oder Brasilien – Länder mit riesigen Flächen unberührten Landes, die nur darauf warten, dem kapitalistischen Fortschritt erschlossen zu werden und in die sich die vorderste Front des Wirtschaftswachstums möglicherweise schon bald verlagern wird.²⁰

Meine Antwort auf all diese Einwände lautet, dass es für den Kapitalismus eher eine Last als ein Vorteil sein könnte, keine Opposition mehr zu haben. Gesellschaftssysteme profitieren von interner Heterogenität – von einer Plu-

20 Allerdings sind aktuelle Einschätzungen ihrer wirtschaftlichen Leistung und Zukunft weniger optimistisch als noch vor zwei oder drei Jahren. In letzter Zeit wichen der euphorische „BRICS“-Diskurs besorgten Zweifeln an den wirtschaftlichen Aussichten der „Fragilen Fünf“ (Türkei, Brasilien, Indien, Südafrika und Indonesien, in: „New York Times“, 28.1.2014). Auch Berichte über wachsende Probleme im chinesischen Kapitalismus werden häufiger und verweisen u.a. auf die ausgedehnte Verschuldung örtlicher und regionaler Regierungen. Seit der Krimkrise erfahren wir außerdem mehr über die strukturellen Schwächen der russischen Wirtschaft.

ralität von Organisationsprinzipien die sie davor bewahrt, sich ganz und gar einem einzigen Zweck zu widmen, unter Verdrängung anderer Zwecke, die gleichfalls realisiert werden müssen, wenn die Gesellschaft überlebensfähig sein soll. Der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, hat immer großen Nutzen aus der Präsenz von Gegenkräften gegen eine Alleinherrschaft des Profits und des Marktes gezogen. Sozialismus und Gewerkschaftsbewegung haben, indem sie der Kommodifizierung Grenzen setzten, den Kapitalismus davor bewahrt, seine nichtkapitalistischen Grundlagen zu zerstören – Vertrauen, guten Glauben, Altruismus und Solidarität innerhalb von Familien und Gemeinschaften, etc. Unter Keynesianismus und Fordismus konnte der Kapitalismus sich darauf verlassen, dass seine mehr oder weniger loyale Opposition ihm, insbesondere in Rezessionszeiten, die nötige Gesamtnachfrage sicherte und stabilisierte. Wenn die Umstände günstig waren, konnte eine organisierte Arbeiterklasse sogar als Produktivitätspeitsche fungieren, indem sie das Kapital zwang, fortschrittlichere Produktionsverfahren einzuführen. In diesem Sinne hat Geoffrey Hodgson argumentiert, dass der Kapitalismus nur so lange überleben könne, wie er nicht völlig kapitalistisch ist – wie er sich und die Gesellschaft, die er bewohnt, nicht gänzlich von „notwendigen Unreinheiten“ befreit hat.²¹ So gesehen könnte der Sieg des Kapitalismus über seine Widersacher sich als Pyrrhussieg erweisen, weil er ihn von ebenjenen Gegenkräften befreite, die ihm zwar gelegentlich unbequem, tatsächlich aber seiner Fortexistenz stets dienlich gewesen waren.

Der zweite Teil des Beitrags folgt in der April-Ausgabe.

21 „Jedes sozio-ökonomische System benötigt mindestens ein strukturell verschiedenes Subsystem, damit es funktionieren kann. Es muss immer eine koexistente Pluralität von Produktionsweisen geben, damit die soziale Formation als Ganze die notwendige strukturelle Vielfalt aufweist, um Veränderungen zu bewältigen.“ Geoffrey M. Hodgson, The Evolution of Capitalism from the Perspective of Institutional and Evolutionary Economics, in: Geoffrey M. Hodgson u.a. (Hg.), Capitalism in Evolution: Global Contentions, East and West, Cheltenham 2001, S. 71ff. Für eine weniger funktionalistische Formulierung derselben Idee vgl. mein Konzept der *beneficial constraints*: Beneficial Constraint: On the Economic Limits of Rational Voluntarism, in: Rogers Hollingsworth und Robert Boyer (Hg.), Contemporary Capitalism: The Embeddedness of Institutions, Cambridge 1997, S. 197–219.

Wie wird der Kapitalismus enden?

Teil II

Von Wolfgang Streeck

Könnte es tatsächlich sein, dass der siegreiche Kapitalismus sich selbst zum schlimmsten Feind geworden ist?

Um dieser Möglichkeit nachzugehen, können wir uns an Karl Polanyis „Great Transformation“ halten, derzufolge der Marktexpansion gesellschaftliche Grenzen gesetzt sind, wie er sie in seinem Konzept der drei „fiktiven Waren“ – Arbeitskraft, Boden (oder Natur) und Geld – formuliert hat.¹ Als fiktive Ware definiert Polanyi eine Ressource, die ihrem Wesen nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage, wenn überhaupt, nur partiell unterliegen kann, vor allem weil sie sich nicht in Einklang mit der Nachfrage nach ihr produzieren oder nicht produzieren lässt. Als Ware kann sie deshalb nur auf sorgfältig begrenzte, geregelte Weise behandelt werden, weil ihre vollständige Kommodifizierung sie zerstört oder unbrauchbar macht.

Märkten wohnt nun allerdings das Bestreben inne, sich über ihre ursprüngliche Domäne, den Handel materieller Güter, hinaus auf alle anderen Lebensbereiche auszudehnen, ganz unabhängig davon, ob diese zur Kommodifizierung – oder, mit Marx gesprochen, zur Subsumption unter die Logik der Kapitalakkumulation – überhaupt taugen. Wird sie nicht von geeigneten Institutionen gezügelt, droht die Marktexpansion daher ständig, sich selbst – und damit zugleich die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems – zu unterminieren.

Tatsächlich zeichnet sich ab, dass die Marktexpansion heute eine kritische Schwelle erreicht hat, und zwar im Hinblick auf alle drei fiktiven Waren Polanyis, weil die zu deren Schutz vor einer vollständigen Unterwerfung unter die Marktgesetze geschaffenen Institutionen an zahlreichen Fronten abgebaut oder geschwächt wurden und werden. Die Folge sind unter anderem drei gegenwärtig in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern beobachtbare Entwicklungen: die Suche nach einem neuen Zeitregime im Hinblick auf die Arbeitskraft, insbesondere einer neuen Zeitaufteilung zwischen sozialen und ökonomischen Aktivitäten; das Streben nach einem nachhaltigen Umgang mit Energie im Bezug auf die Natur; und die Suche nach einem stabilen Finanzregime für die Schaffung und Allokation von Geld. Auf allen drei Feldern sehen wir heute tastende Bemühungen, wirksa-

¹ Karl Polanyi, *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time* [1944], Boston 1957, S. 68–76.

mere soziale Regelungen zur Begrenzung einer Expansionslogik² zu finden, die bislang als eine der privaten Bereicherung institutionalisiert war und als solche für die kapitalistische Gesellschaftsordnung grundlegend ist. Gegenstand dieser Begrenzungsversuche sind die immer anspruchsvolleren Anforderungen (1) des Beschäftigungssystems an die menschliche Arbeitskraft, (2) der kapitalistischen Produktions- und Konsumtionssysteme an endliche Naturressourcen, und (3) des Finanz- und Bankensystems an die Bereitschaft der Menschen, immer komplexeren Geld-, Kredit- und Verschuldungspyramiden Vertrauen zu schenken.

Gehen wir die drei Krisenzenen Polanyis der Reihe nach durch. Was die Weltwirtschaft 2008 in die Krise stürzte, war eine extreme Kommodifizierung des Geldes: Die Umwandlung eines unbeschränkten Zustroms billiger Kredite in eine Flut immer ausgeklügelterer Finanz-“Produkte” schuf eine Immobilienblase von bis dato unvorstellbarer Größe. In den 1980er Jahren hatte die Deregulierung der US-Finanzmärkte die Restriktionen beseitigt, denen die private Schaffung und Vermarktung von Geld seit der Großen Depression unterlag. Die „Finanzialisierung“, wie man den so in Gang gesetzten Prozess schon bald nannte, erschien als das letzte noch verbliebene Mittel, den USA als Hegemonialmacht des Weltkapitalismus, die ihre Kräfte überdehnt hatte, wieder zu Wachstum und Profitabilität zu verhelfen. Doch einmal von der Leine gelassen investierte die Geldindustrie ihre enormen Ressourcen zunächst zu einem großen Teil in eine politische Kampagne für den weiteren Abbau providentieller Regulierungen und in die Umgehung derjenigen Regeln, die den ersten Ansturm noch überstanden hatten. Im Rückblick springen die enormen Risiken, die mit dem Übergang vom alten Geld→Ware→Geld*-Regime zur neuen Zauberformel Geld→Geld* verbunden waren, geradezu ins Auge, und dasselbe gilt für den mit dem unverhältnismäßigen Wachstum des Bankensektors einhergehenden Trend zu immer weiter wachsender Ungleichheit.³

Was die Natur als „fiktive Ware“ angeht, so wächst das Unbehagen über die inzwischen weithin bewusst gewordene Spannung zwischen dem kapitalistischen Prinzip unbegrenzter Expansion und der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen. In den 1970er Jahren wurden neo-malthusianische Diskurse unterschiedlicher Färbungen populär. Was immer von ihnen zu halten sein mag – einige gelten mittlerweile als alarmistisch oder zumindest verfrüht –, niemand bestreitet ernsthaft, dass das in den reichen Ländern des Kapitalismus etablierte Muster des Energieverbrauchs nicht auf den Rest der Welt übertragen werden kann, ohne unentbehrliche Voraussetzungen des menschlichen Lebens zu zerstören. Was sich abzeichnet ist ein Wettlauf zwischen der fortschreitenden Erschöpfung der Natur einerseits und technologischen Innovationen andererseits, wobei letztere den Ersatz natürlicher Materialien durch künstliche, die Verhütung oder Reparatur von Umweltschäden und die Entwicklung von Schutzvorkehrungen gegen unvermeid-

2 Oder sogar eine „Übertretung“, wenn wir uns an dem deutschen Wort Steigerungslogik orientieren.

3 Donald Tomaskovic-Devey und Ken-Hou Lin, Income Dynamics, Economic Rents and the Financialization of the us Economy, in: „American Sociological Review“, 4/2011, S. 538-59.

liche Verschlechterungen in der Biosphäre ermöglichen sollen. Niemand scheint aber die entscheidende Frage beantworten zu können, wie die hierzu potentiell benötigten gewaltigen kollektiven Ressourcen in Gesellschaften mobilisiert werden könnten, in denen der – von C. B. MacPherson so präzise auf den Begriff gebrachte – „possessive Individualismus“⁴ regiert. Wer wären die Akteure und Institutionen, die in einer Welt kompetitiver Produktion und Konsumption das kollektive Gut einer lebensermöglichen Umwelt sichern können?

Drittens scheint auch die Kommodifizierung der menschlichen Arbeitskraft einen kritischen Punkt erreicht zu haben. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte im Zeichen globaler Konkurrenz hat alle je ins Auge gefassten Möglichkeiten, die Arbeitszeit generell zu begrenzen, zunichte gemacht.⁵ Zugleich bewirkt sie immer prekärere Beschäftigungsverhältnisse für einen wachsenden Teil der Bevölkerung.⁶ Im Zuge der vermehrten Partizipation der Frauen am Arbeitsmarkt, die zu einem nicht geringen Teil auf das Verschwinden des „Familienlohns“ der Nachkriegszeit zurückgeht, hat die Zahl der Stunden, die die Familien jeden Monat an Arbeitgeber verkaufen, deutlich zugenommen; zugleich sind die Löhne hinter die Produktivitätssteigerung zurückgefallen, am dramatischsten im Kernland des Kapitalismus, den Vereinigten Staaten. Doch ungeachtet aller Deregulierung und der weitgehenden Ausschaltung der Gewerkschaften funktionieren die Arbeitsmärkte schlecht: Selbst in einem Land wie Schweden ist eine Dauerarbeitslosigkeitsrate von 7 bis 8 Prozent zur neuen Normalität geworden. In vielen Branchen, auch im Dienstleistungsbereich, breiten sich Sweatshops aus, allerdings hauptsächlich in der globalen Peripherie, jenseits der Reichweite der Behörden des kapitalistischen Zentrums und dessen, was an Gewerkschaften übriggeblieben ist, sowie außerhalb des Blickfelds der meisten Verbraucher. In der Konkurrenz zwischen den Beschäftigten der Sweatshops und denen in Ländern mit historisch starken Arbeitsschutzregelungen verschlimmern sich die Arbeitsbedingungen der ersteren, während für letztere eine hohe Arbeitslosigkeit zur Regel wird. Zugleich häufen sich die Klagen darüber, dass die Arbeit immer tiefer in das Familienleben eindringt und der Druck der Arbeitsmärkte es nicht erlaubt, sich einem endlosen Wettlauf um die Steigerung des eigenen „Humankapitals“ zu entziehen. Des Weiteren ermöglicht die globale Mobilität es Arbeitgebern, an ihren Standorten widersetzbliche Beschäftigte durch zugewanderte zu ersetzen. Mobilität kompensiert obendrein die in den alten Industrieländern unzureichenden Geburtenraten, die ihrerseits zum Teil den Gewichtsverschiebungen zwischen unbezahlter und bezahlter Arbeit sowie zwischen markt- und nichtmarktförmigem Konsum geschuldet sind. Das Ergebnis ist eine säkulare Schwächung sozialer

4 C. B. MacPherson, *The Political Theory of Possessive Individualism*, Hobbes to Locke, Oxford 1962.

5 Betrachten Sie hierzu die Attacke auf die letzten Reste der 35-Stunden-Woche in Frankreich, unter der Schirmherrschaft eines sozialistischen Präsidenten und seiner Partei.

6 Von der kapitalistischen Front wird berichtet, dass führende Investmentbanken begonnen haben, ihre am niedrigsten entlohnten Angestellten darauf hinzuweisen, „dass sie versuchen sollen, vier Wochenendtage eines jeden Monats weit entfernt vom Büro zu verbringen, als Teil eines breiter angelegten Experiments, die Arbeitsbedingungen zu verbessern“. (Wall St Shock: Take a Day Off, Even a Sunday, in: „New York Times“, 10.1.2014).

Gegenbewegungen, verursacht durch einen Verlust von Klassensolidarität und gesellschaftlichem Zusammenhalt und verbunden mit selbstzerstörerischen politischen Konflikten über ethnische Diversität – selbst in traditionell liberalen oder sozialdemokratischen Ländern wie den Niederlanden, Schweden oder Norwegen.

Die Frage, wie und wo die Akkumulation von Kapital eingeschränkt werden muss, um die drei fiktiven Waren vor ihrer totalen Kommodifizierung zu schützen, war in der Geschichte des Kapitalismus von Anfang an umstritten. Doch so etwas wie die derzeitige weltweite Unordnung in allen drei Grenzonen gleichzeitig gab es noch nie: Sie ist das Ergebnis eines über alle Maßen erfolgreichen Ansturms der schneller denn je expandierenden Märkte auf eine Vielzahl von Institutionen und Akteuren, die – ob von der Traditionen ererbt oder in langen politischen Kämpfen erstritten – eine Zeit lang dazu beigetragen haben, den Vormarsch des Kapitalismus sozial einzubetten. Arbeitskraft, Natur und Geld sind zu Krisenzenen geworden, seit die „Globalisierung“ Märkte und Produktionsketten auf bis dahin nicht gekannte Weise in die Lage versetzte, die Grenzen nationaler politischer und rechtlicher Zuständigkeiten zu überschreiten. Das Ergebnis ist eine tiefgreifende Desorganisation der Kräfte, die die kapitalistischen „animal spirits“ in der Moderne mehr oder weniger erfolgreich domestiziert haben, zum Wohle der Gesellschaft insgesamt, aber auch des Kapitalismus selber.

Und möglicherweise stößt die Kapitalakkumulation heute nicht nur bei den fiktiven Waren an Grenzen. Oberflächlich betrachtet hält das Wachstum des Güter- und Dienstleistungskonsums unvermindert an, und die implizite Grundannahme der modernen Ökonomie – nämlich dass die menschliche Konsumbereitschaft und -fähigkeit keine Grenzen kennt – scheint beim Besuch jeder beliebigen Shopping Mall glänzend bestätigt zu werden. Dennoch fällt auf, wie weit die Furcht, die Märkte für Konsumgüter könnten an irgendeinem Punkt doch gesättigt sein – vielleicht im Verlauf einer postmaterialistischen Abkoppelung menschlicher Erwartungen und Wünsche von dem Erwerb von Waren – unter deren profitablen Produzenten verbreitet ist. In ihr findet die Tatsache ihren Niederschlag, dass der Konsum in reifen kapitalistischen Gesellschaften sich längst vom materiellen Bedarf gelöst hat.⁷ Der – immer weiter wachsende – Löwenanteil der Konsumausgaben entfällt heute nicht auf den Gebrauchswert gekaufter Güter, sondern auf ihren symbolischen Wert, auf ihre Aura oder Ausstrahlung. Das führt dazu, dass die Praktiker der Produktion mehr denn je für Marketing ausgeben, was nicht nur Werbung einschließt, sondern auch Produktdesign und -innovation. Auch bei ständiger Verfeinerung der Methoden der Verkaufsförderung jedoch machen die Unwägbarkeiten der Moden eine Prognose des Vermarktungserfolgs immer schwieriger – sicherlich im Vergleich mit Zei-

⁷ Denken Sie an das gigantische Potlatch-Fest, das immer ein Jahr vor Weihnachten von den Konsumgöttern und von der Einzelhandelsindustrie organisiert wird, oder an den Tag nach Thanksgiving, der in den USA als bedrohlicher „Black Friday“ gilt, weil die allgegenwärtigen Preissenkungen und die kollektive Shopping-Hysterie diesen einläuten. Stellen Sie sich die Enttäuschung vor, wenn da niemand auftauchen würde!

ten, in denen die allmähliche Ausstattung sämtlicher Haushalte eines Landes mit Waschmaschinen noch genügte, Wachstum zu generieren.⁸

Fünf Störungen

Ohne Gegenkräfte ist der Kapitalismus ganz auf seine eigenen Mittel angewiesen, zu denen Selbstbeherrschung und Zurückhaltung sicher nicht gehören. Das kapitalistische Profitstreben kennt kein Ende, und kann es nicht kennen. Für die Vorstellung, dass weniger mehr sein könnte, hat eine kapitalistische Gesellschaft kein Verständnis; man muss sie ihr aufzwingen, anders lässt sich ihrem Fortschritt, auch wenn er letztlich zur Selbstzerstörung führt, nicht Einhalt gebieten. Schon heute, behaupte ich, befinden wir uns in einer Situation, in der der Kapitalismus unter unseren Augen daran scheitert, weil er alle Gegenkräfte ausgeschaltet hat – er stirbt an einer Überdosis seiner selbst. Um dies zu veranschaulichen, möchte ich auf fünf systemische Störungen im fortgeschrittenen Kapitalismus unserer Tage hinweisen; alle gehen in unterschiedlicher Weise darauf zurück, dass der kapitalistische Fortschritt traditionelle, ihn einhegende institutionelle und politische Schranken weggeräumt hat. Ich nenne diese Stagnation, oligarchische Umverteilung, Plündерung der öffentlichen Sphäre, Korruption und globale Anarchie.

Sechs Jahre nach dem Fall der Lehman-Bank sind Prognosen einer langanhaltenden Stagnation zum Gemeinplatz geworden. Ein prominentes Beispiel ist ein yielddiskutiertes Papier von Robert Gordon, in dem er die These vertritt, dass die wichtigsten Innovationen, die seit dem 19. Jahrhundert Produktivität und Wirtschaftswachstum getrieben haben, nur einmal auftreten konnten, etwa die Erhöhung der Transportgeschwindigkeit oder die Ausstattung der Städte mit fließendem Wasser.⁹ Die Ausbreitung der Informationstechnologien unserer Tage hat im Vergleich dazu, wenn überhaupt, nur geringe Produktivitätssteigerungen bewirkt. Auch wenn Gordons These ein wenig technologisch-deterministisch erscheinen mag, so ist doch plausibel, dass der Kapitalismus das Wachstumsniveau, das er braucht, um eine nicht-kapitalistische Arbeiterklasse dafür zu entschädigen, dass sie anderen bei der Akkumulation von Kapital behilflich ist, nur dann erreichen kann, wenn die Technologie immer neue Möglichkeiten zur Steigerung der Produktivität erschließt. Im Übrigen stützt Gordon seine Vorhersage niedrigen (oder gar Null-) Wachstums, indem er scheinbar beiläufig eine Liste von sechs nicht-technologischen Faktoren – „Gegenwinde“, wie er sie nennt – nachreicht,

8 Die essenzielle Bedeutung der Konsumkultur für die Reproduktion des zeitgenössischen Kapitalismus kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Konsumenten sind die stärksten Verbündeten des Kapitals bei dessen Verteilungskonflikt mit den Produzenten, auch wenn diese und die Konsumenten dazu neigen, dieselben Menschen zu sein. Auf der Jagd nach dem günstigsten Kauf besiegen Konsumenten sich selbst als Produzenten, indem sie ihre eigenen Jobs ins Ausland verlagern. Und weil sie einen Konsumentenkredit aufnehmen, um ihre reduzierte Kaufkraft wieder zu regenerieren, ergänzen sie die Konsumanreize mit legalen Verpflichtungen, indem sie gleichzeitig als Schuldner und Kreditgeber in die Verhandlungen eintreten. Siehe Lendol Calder, *Financing the American Dream: A Cultural History of Consumer Credit*, Princeton 1999.

9 Robert Gordon, *Is U.S. Economic Growth Over? Faltering Innovation Confronts the Six Headwinds*, NBER Working Paper Nr. 18315, August 2012.

die auch dann eine langanhaltende Stagnation bewirken würden, „wenn die Innovationsrate dieselbe bliebe [...] wie in den beiden Jahrzehnten vor 2007“.¹⁰ Zu den von Gordon genannten Faktoren gehören zwei, die schon geraume Zeit mit schwachem Wachstum einhergegangen sind: Ungleichheit und „der Überhang an Verbraucher- und Staatsschulden“.¹¹

Es erstaunt, wie nah die gegenwärtigen Stagnationstheorien den marxistischen Unterkonsumtionstheorien der 1970er und 1980er Jahre kommen.¹² Kürzlich hat sich sogar niemand anders als Lawrence „Larry“ Summers persönlich zu den Stagnationstheoretikern gesellt – ausgerechnet Summers, Freund der Wallstreet, Chefarchitekt der Deregulierung des Finanzwesens unter Clinton und, bevor er dem Widerstand aus dem Kongress beugen musste, Obamas erste Wahl als Notenbankpräsident.¹³ Auf dem Wirtschaftsforum des Internationalen Währungsfonds am 8. November 2013 gestand Summers, er habe die Hoffnung aufgegeben, dass Zinssätze nahe Null in absehbarer Zeit spürbares Wirtschaftswachstum bewirken könnten – in einer Welt, die ihm zufolge unter einer Kapitalschwemme leidet. Summers' Vorhersage einer „säkularen Stagnation“ als „neuer Normalität“ stieß bei seinen Kollegen, darunter auch Paul Krugman, auf erstaunlich breite Zustimmung.¹⁴ Was Summers nur beiläufig erwähnte war, dass die auffällige Untauglichkeit selbst negativer Zinssätze zur Belebung der Investitionstätigkeit mit einer lang anhaltenden Zunahme der Ungleichheit zusammenfällt, sowohl in den Vereinigten Staaten als auch anderswo. Wie Keynes gewusst hätte, vermindert Einkommenskonzentration an der Spitze die effektive Nachfrage und veranlasst Kapitaleigner, nach spekulativen Profitchancen jenseits der „Realwirtschaft“ Ausschau zu halten. Dies dürfte tatsächlich eine der Ursachen für die in den 1980er Jahren einsetzende „Finanzialisierung“ des Kapitalismus gewesen sein.

Die Machteliten des Weltkapitalismus scheinen sich für die absehbare Zukunft auf niedriges oder Null-Wachstum einzustellen. Das schließt hohe Profite im Finanzsektor nicht aus, besonders solche, die durch spekulativen Handel mit dem billigen Geld der Zentralbanken ermöglicht werden. Kaum jemand scheint zu befürchten, dass die zur Verhütung eines Abgleitens der

10 Nach Gordon beläuft sich die Rate auf 1,8 Prozent pro Jahr. Unter dem Einfluss der sechs widrigen Kräfte würde diese in Zukunft für den Großteil von 99 Prozent der amerikanischen Bevölkerung auf 0,2 Prozent pro Jahr fallen: Robert Gordon, a.a.O., S. 18ff. (Das Wachstum für die besten ein Prozent ist in der Tat eine andere Angelegenheit.) Beachten Sie, dass Gordon davon ausgeht, dass tatsächlich die Grundwachstumsrate niedriger sein wird als 1,8 Prozent.

11 Gordons Prognose wurde und wird heftig diskutiert. Insbesondere kamen Zweifel bezüglich des zukünftigen technologischen Fortschritts der künstlichen Intelligenz und der Robotertechnik auf. Während Fortschritt auf diesen Gebieten wahrscheinlich erscheint, ist es dennoch unwahrscheinlich, dass dessen Früchte gleichmäßig verteilt werden. Was auch immer der technologische Fortschritt zum Wachstum beiträgt, wird voraussichtlich durch das egalisiert, was er hinsichtlich Beschäftigungsabbau und wachsender Ungleichheit bewirkt.

12 Betrachten Sie hierzu u.a. Harry Magdoff und Paul Sweezy, *Stagnation and the Financial Explosion*, New York 1987. Für eine interessante Bewertung der Anwendbarkeit der Unterkonsumtionstheorie des bis nach 2008 andauernden Kapitalismus, betrachten Sie John Bellamy Foster und Fred Magdoff, *The Great Financial Crisis: Causes and Consequences*, New York 2009.

13 Vermutlich auch, weil er das erhebliche Einkommen hätte erklären müssen, welches er von Wall-Street Firmen nach dem Ausscheiden aus der Obama-Regierung Ende des Jahres 2010 erhalten hat. Siehe: *The Fed, Lawrence Summers, and Money*, in: „New York Times“, 11.8.2013.

14 Paul Krugman, *A Permanent Slump?*, in: „New York Times“, 18.11.2013.

Stagnation in Deflation geschaffenen Geldmengen eine Inflation bewirken könnten, zumal die Gewerkschaften, die einen Anteil fordern könnten, als Gegenmacht ausfallen.¹⁵ Inzwischen zerbricht man sich eher über zu wenig statt über zuviel Inflation den Kopf, nachdem zur Schulmeinung geworden ist, eine gesunde Volkswirtschaft brauche jährlich mindestens zwei Prozent Inflation. Die heute einzig absehbare Inflation besteht in der Bildung von Preisblasen in Vermögenswerten, und Summers bemühte sich denn auch, seine Zuhörer darauf einzustimmen, dass in dieser Hinsicht einiges auf sie zukommt.

Den Kapitalisten und ihren Zuarbeitern steht eine holprige Wegstrecke bevor. Wegen des schwachen Wachstums werden ihnen die überschüssigen Ressourcen fehlen, mit denen sie sonst Verteilungskonflikte beilegen und Unzufriedenheit dämpfen konnten. Blasen warten darauf, unvermutet zu platzen, und es ist durchaus nicht sicher, dass die Staaten die Fähigkeit zurückgewinnen, sich rechtzeitig um die Opfer zu kümmern. Die Stagnationsökonomie, die sich vor unseren Augen herausbildet, wird alles andere als stationär sein; in dem Maße, wie das Wachstum nachlässt und die Risiken zunehmen, wird sich der Überlebenskampf verschärfen. Statt zu einer Wiederherstellung der durch die Globalisierung obsolet gewordenen Schutzzvorkehrungen gegen Kommodifizierung wird es zu einer Intensivierung der Suche nach neuen Möglichkeiten der Naturausbeutung, der Intensivierung der Arbeit und der Zulassung „innovativer“ Finanzpraktiken kommen, alles in dem verzweifelten Bestreben, die Profite hoch und die Kapitalakkumulation in Gang zu halten. Das plausibelste Szenario einer Stagnation mit Blasenbildung ist ein Kampf Aller gegen Alle, punktiert durch gelegentliche Panikausbrüche und mit Endspielen als beliebtestem Zeitvertreib.

Plutokraten und Plünderer

Was die zweite Störung des gegenwärtigen Kapitalismus angeht, so spricht nichts dafür, dass der Langzeitrend zu immer größerer wirtschaftlicher Ungleichheit bald oder überhaupt jemals zu Ende gehen wird. Ungleichheit verhindert Wachstum, und nicht nur aus keynesianischen Gründen. Das billige Geld, das die Zentralbanken gegenwärtig bereitstellen, angeblich um wieder Wachstum zu schaffen – billig für das Kapital, aber natürlich keineswegs für die Verkäufer ihrer Arbeitskraft – verschärft die Ungleichheit noch weiter, indem es den Finanzsektor aufbläht und spekulative statt produktive Investitionen anregt. So wird die Umverteilung nach oben zu oligarchischer Umverteilung: Statt dem allgemeinen Interesse an wirtschaftlichem Fortschritt zu dienen, wie es die neoklassische Wirtschaftslehre verspricht, gerät sie zur Ausplünderung verarmender, zum Niedergang verurteilter Gesellschaften. Hier fallen einem Länder wie Russland und die Ukraine ein, aber auch Griechenland oder Spanien, und zunehmend die Vereinigten Staaten.

15 Deren Abwesenheit war natürlich einer der Gründe, weshalb es zu übermäßigem Profit kam und die Nachfrage in erster Linie gedrückt werden konnte.

Oligarchische Umverteilung zerschneidet das keynesianische Band, das die Profite der Reichen mit den Löhnen der Armen verknüpfte, und koppelt so das Schicksal der Eliten von dem der Massen ab.¹⁶ Die berüchtigten „Plutonomy“-Memoranden der Citibank aus den Jahren 2005 und 2006 nahmen diese Entwicklung vorweg. In ihnen versicherte die Bank einem ausgewählten Kreis ihrer reichsten Kunden, dass ihr Wohlstand künftig nicht mehr von dem der Lohn- und Gehaltsbezieher abhängen werde.¹⁷

Oligarchische Umverteilung und der Trend zur „Plutonomie“ beschwören eine albtraumartige Vorstellung herauf: von Eliten, die sich darauf verlassen können, dass die das System, das sie reich macht, werden überleben können. Dies gilt selbst für Länder, die man noch für Demokratien hält. Plutonomische Eliten müssen sich keine Gedanken mehr über nationales Wirtschaftswachstum machen, weil ihre transnationalen Vermögen so oder so wachsen; deshalb der Exodus der Superreichen aus Ländern wie Russland oder Griechenland, die ihr Geld – bzw. das ihrer Gesellschaft – nehmen und sich absetzen, vorzugsweise in die Schweiz, in die Vereinigten Staaten oder nach Großbritannien. Dass ein globalisierter Kapitalmarkt es möglich macht, sich selbst und seine Familie in Sicherheit zu bringen, indem man zusammen mit seinen Besitztümern aus seinem Land auszieht, führt die Reichen in die fast unwiderstehliche Versuchung, in den Endspielmodus zu wechseln: abkassieren, alles versilbern, die Brücken hinter sich abfackeln und nichts zurücklassen als verbrannte Erde.

Eng verbunden hiermit ist die dritte Funktionsstörung: die Plünderung der öffentlichen Sphäre – der Allmende – durch Unterfinanzierung und Privatisierung. An anderer Stelle habe ich ihre Entstehung auf den seit den 1970er Jahren in Gang befindlichen doppelten Übergang vom Steuerstaat zum Schuldenstaat und dann zum Konsolidierungs- oder Austeritätsstaat zurückgeführt. Zu den Hauptursachen dieser Entwicklung zählen die neuen Möglichkeiten, eröffnet seit den 1980er Jahren für Unternehmen und Bezieher großer Einkommen durch die globalen Kapitalmärkte, zur Steuerflucht und Steuervermeidung, zur freien Wahl zwischen Steuersystemen und dazu, Staaten zur Senkung ihrer Steuern zu erpressen. Versuche, die Defizite der öffentlichen Haushalte zu vermindern, nahmen fast durchweg die Form tiefer Einschnitte in die Staatsausgaben an – sowohl bei den Aufwendungen für soziale Sicherung als auch bei den Investitionen in materielle Infrastrukturen und „Humankapital“. Während die Einkommenszuwächse sich immer massiver bei den obersten *One Percent* konzentrierten, schrumpfte der öffentliche Sektor kapitalistischer Volkswirtschaften oft dramatisch, ausgehungert zugunsten des international mobilen oligarchischen Reichtums. Ein Teil dieses Prozesses bestand in Privatisierungen, durchgeführt ohne

16 Obwohl niedrige Löhne die Gesamtnachfrage schwächen, mobilisieren die Reichen gegen die Gewerkschaften und den Mindestlohn. Wahrscheinlich tun sie dies, da die reichliche Zufuhr von „frischem“ Geld die Massenkaufkraft ersetzt. Diejenigen, welche Zugriff darauf haben, machen ihren Gewinn im Finanzsektor. Mehr Nachfrage von unten würde es für die Reichen dagegen attraktiv machen, ihre „Ersparnisse“ wieder in Produktion und Dienstleistungen zu investieren.

17 Citigroup Research, „Plutonomy: Buying Luxury, Explaining Global Imbalances“, 16.10.2005; Revisiting Plutonomy: The Rich Getting Richer, 5.3.2006.

Rücksicht darauf, welchen Beitrag öffentliche Investitionen in Produktivität und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu Wirtschaftswachstum und sozialer Gerechtigkeit hätten leisten können.

Schon vor 2008 hatte sich als selbstverständlich durchgesetzt, dass die fiskalische Krise des Nachkriegsstaats durch Ausgabenkürzungen statt durch Steuererhöhungen, auch und besonders für die Reichen, überwunden werden müsse. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen durch Austeritätspolitik wurde und wird den Gesellschaften aufgezwungen, ohne Rücksicht darauf, dass dies das Wachstum beeinträchtigen kann. Auch das scheint darauf hinzu deuten, dass sich die Ökonomie der Oligarchen von derjenigen der Normalbürger abkoppelt, seit die Reichen nicht mehr damit zu rechnen brauchen, für die Maximierung ihrer Einkommen auf Kosten der Nichtreichen oder zu Lasten der Wirtschaft insgesamt einen Preis zahlen zu müssen. Hier zeigt sich möglicherweise der von Marx beschriebene Grundwiderspruch zwischen dem zunehmend gesellschaftlichen Charakter der Produktion in fortgeschrittenen Volkswirtschaften und Gesellschaften einerseits und dem Privatbesitz an den Produktionsmitteln im Kapitalismus andererseits. In dem Maße, wie Produktivitätssteigerungen verstärkter öffentlicher Vorkehrungen bedürfen, werden sie der Tendenz nach unvereinbar mit privater Profitakkumulation, was die kapitalistischen Eliten zwingt, zwischen den beiden zu wählen. Das Ergebnis ist, was wir schon heute sehen: wirtschaftliche Stagnation in Verbindung mit oligarchischer Umverteilung.¹⁸

Neben dem Niedergang des Wirtschaftswachstums, der zunehmenden Ungleichheit und der Überführung des öffentlichen Sektors wie der öffentlichen Sphäre überhaupt in Privathand ist Korruption die vierte Funktionsstörung des zeitgenössischen Kapitalismus. In dem Bestreben, den Kapitalismus durch Beschwörung seiner ethischen Grundlagen zu rehabilitieren, hat Max Weber ihn scharf von bloßer Gier abgesetzt, indem er seine Ursprünge in der religiösen Tradition des Protestantismus lokalisierte. Weber zufolge hatte es Gier immer und überall gegeben; sie war nicht nur kein Spezifikum des Kapitalismus, sondern sogar geeignet, ihn zu untergraben. Der Kapitalismus, so Weber, basierte weniger auf dem Wunsch, reich zu werden, als auf Selbstdisziplin, methodischem Vorgehen, verantwortlicher Verwaltung, nüchterner Hingabe an einen Beruf als Berufung und rationaler Lebensführung. Weber rechnete durchaus damit, dass die kulturellen Werte des Kapitalismus in dem Maße verblassen würden, in dem der reife Kapitalismus sich

in ein „stählernes Gehäuse“ verwandeln würde – in einem Prozess, in dem bürokratische Regulierung und die Zwänge des Wettbewerbs an die Stelle der kulturellen Ideen treten, die ursprünglich dazu benötigt wurden und gedient hatten, die Akkumulation von Kapital von hedonistisch-materialisti-

18 Wohlgemerkt geht es beim Kapitalismus um Profit und nicht um Produktivität. Während die beiden Begriffe manchmal deckungsgleich sind, spricht viel dafür, sie zu trennen, wenn das Wirtschaftswachstum eine unverhältnismäßige Ausdehnung im öffentlichen Sektor benötigt, wie es im „Wagner-Gesetz“ vorgesehen ist: Adolph Wagner, Grundlegung der politischen Ökonomie, Leipzig, 1892. Die kapitalistischen Präferenzen, wie Profit über Produktivität, und damit das Regime des kapitalistischen Privateigentums als Ganzes könnten dann in einen ökonomischen und sozialen Prozess übergehen.

schem Konsum wie auch von primitiven Hortungsinstinkten abzulösen. Was Weber allerdings nicht voraussehen konnte, war die neoliberalen Revolutionen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts mit den von ihr geschaffenen präzedenzlosen Möglichkeiten zu grenzenloser Bereicherung.

Ohne Weber zu nahe treten zu wollen: Betrug und Korruption haben den Kapitalismus seit je begleitet. Es gibt allerdings gute Gründe anzunehmen, dass sie mit dem Aufstieg des Finanzsektors zur Vorherrschaft über die Ökonomie so allgegenwärtig geworden sind, dass Webers ethische Rechtfertigung des Kapitalismus sich heute anhört, als sei sie von einer gänzlich anderen Welt. Das Finanzwesen ist eine „Industrie“, in der es schwer fällt, Innovationen von der Beugung oder dem Bruch von Regeln voneinander zu unterscheiden; in der sich mit halblegalen oder illegalen Aktivitäten besonders hohe Gewinne erzielen lassen; wo das Gefälle zwischen Unternehmen und Regulierungsbehörden hinsichtlich Expertenwissen und Bezahlung extrem ist; wo die Drehtüren zwischen den beiden unbegrenzte Möglichkeiten für subtile und weniger subtile Korruption eröffnen;¹⁹ wo die größten Firmen nicht nur *too big to fail* sind, sondern auch *too big to jail* – zu groß, als dass man sie angesichts ihrer Bedeutung für die Wirtschaftspolitik und das Steueraufkommen des jeweiligen Landes zur Rechenschaft ziehen könnte; und wo die Grenzen zwischen Privatunternehmen und Staat mehr als irgendwo sonst verschwimmen, wie der Bailout von 2008 oder auch die unglaubliche Zahl ehemaliger und künftiger Beschäftigter von Finanzfirmen in der Regierung der Vereinigten Staaten illustrieren. Nach den Affären um Enron und World-Com hieß es, Korruption und Betrug hätten in der US-Wirtschaft ein Allzeithoch erreicht. Doch was dann nach 2008 ans Licht kam, übertraf alles bislang Dagewesene: Die Bezahlung von Rating-Agenturen durch die Produzenten toxischer Papiere zwecks Erlangung von Spitzenbewertungen; Offshore-Schattenbanking, Geldwäsche und Beihilfe zur Steuerflucht großen Stils als normales Geschäftsmodell der größten Banken mit den besten Adressen; der Verkauf an arglose Kunden von Wertpapieren, die so konstruiert waren, dass andere Kunden gegen sie spekulieren konnten; das betrügerische Fixing von Zinssätzen und Goldpreis durch die führenden Banken der Welt und so weiter, und so weiter. In den vergangenen Jahren mussten mehrere Großbanken für solche Aktivitäten Strafzahlungen in Milliarden-Dollar-Höhe leisten, und weitere Fälle dieser Art scheinen bevorzustehen. Was allerdings auf den ersten Blick wie schmerzhafte Sanktionen aussehen mag, erscheint im Vergleich zu den Bilanzen der betreffenden Banken eher lächerlich – ganz abgesehen von der Tatsache, dass es sich in all diesen Fällen um außergerichtliche Regelungen handelte, weil die Regierungen strafrechtliche Schritte nicht unternommen wollten oder zu unternommen wagten.²⁰

19 Selbst auf dem höchsten „Niveau“: So arbeiten Blair und Sarkozy heute beide für Hedge Fonds. Ihre Zeit als gewählte Premierminister war offenbar für sie und ihren neuen Arbeitgeber nur eine Art „Lehrzeit“ für eine viel bessere bezahlte Stelle im Finanzsektor.

20 Berichte über Banken, die für verschiedenste Vergehen Geldstrafen zahlen müssen, sind fast täglich in Qualitätszeitschriften zu finden. So berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 23. März 2014, dass seit Beginn der Finanzkrise allein US-Banken zu Geldstrafen von 100 Milliarden US-Dollar verurteilt wurden.

Mag sein, dass der moralische Niedergang des Kapitalismus mit seinem ökonomischen Niedergang zusammenhängt. Dieser führt schließlich dazu, dass der Kampf um die letzten verbliebenen Profitmöglichkeiten mit jedem Tag hässlicher wird und sich in Ausschlachtungsschlachten von gigantischen Ausmaßen verwandelt. Wie dem auch sei, die öffentliche Wahrnehmung des Kapitalismus ist mittlerweile von tiefem Zynismus geprägt; das System wird als eine Welt schmutziger Tricks zur endlosen Bereicherung der bereits unendlich Reichen gesehen. Niemand glaubt mehr an eine moralische Renaissance des Kapitalismus. Der Webersche Versuch, ihn vor einer Verwechslung mit blanker Gier zu schützen, ist gescheitert, weil Kapitalismus mehr denn je gleichbedeutend mit Korruption geworden ist.

Eine aus den Fugen geratene Welt

Wenden wir uns abschließend der fünften Funktionsstörung zu. Der Weltkapitalismus bedarf eines Zentrums, das seine Peripherie sichert und ihn mit einem glaubwürdigen Währungssystem versieht. Bis in die 1920er Jahre hinein übte Großbritannien diese Funktion aus, und von 1945 bis in die 1970er Jahre waren es die Vereinigten Staaten; die Jahre dazwischen, als ein Zentrum fehlte und mehrere Mächte die Übernahme dieser Rolle erstrebten, waren eine chaotische Zeit, wirtschaftlich ebenso wie politisch. Stabile Austauschverhältnisse zwischen den Währungen der an der kapitalistischen Weltwirtschaft beteiligten Länder sind für Handel und Kapitalströme über nationale Grenzen hinweg – wie diese wiederum für die Kapitalakkumulation – entscheidend wichtig; um sie zu garantieren, bedarf es eines Weltbankiers letzter Instanz. Ein effektives Zentrum wird des Weiteren gebraucht, um an der Peripherie Regime zu stützen, die bereit sind, die Extraktion von Rohstoffen zu niedrigen Preisen zu dulden. Lokale Kollaboration ist ebenfalls nötig, um traditionalistische Widerstände gegen kapitalistische Landnahme außerhalb der entwickelten Welt in Schach zu halten.

Der zeitgenössische Kapitalismus leidet zunehmend unter globaler Anarchie, weil die Vereinigten Staaten ihre Nachkriegsrolle nicht länger ausfüllen können und eine multipolare Weltordnung sich nirgendwo abzeichnet. Zwar gibt es (noch?) keine Zusammenstöße der Großmächte, aber die Funktion des Dollar als internationale Reservewährung wird angefochten – was auch gar nicht anders sein kann angesichts der nachlassenden Leistungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft, ihrer ansteigenden Staats- und Privatverschuldung und der aktuellen Erfahrung mehrerer hoch destruktiver Finanzkrisen. Die Suche nach einer internationalen Alternative, vielleicht in Form eines Währungskorbs, führt zu nichts, weil die USA den Verzicht auf das Privileg nicht riskieren können, sich in ihrer eigenen Währung zu verschulden. Darüber hinaus tendieren die von internationalen Organisationen auf Washingtons Geheiß hin ergriffenen Stabilisierungsmaßnahmen in wachsendem Maße dazu, an der Peripherie des Systems destabilisierend zu wirken, beispielsweise in Form von inflationären Blasenbildungen in Ländern wie Bra-

silien und der Türkei als Folge der „quantitativen Lockerung“ im Zentrum. In militärischer Hinsicht sind die Vereinigten Staaten seit den 1970er Jahren in drei großen Landkriegen entweder besiegt worden oder stecken geblieben, weshalb sie künftig wahrscheinlich zögern werden, mit „boots on the ground“ in lokale Konflikte einzugreifen. Jetzt kommen neue, raffiniertere Gewaltinstrumente zum Einsatz, um kollaborationsbereite Regierungen zu beruhigen und das Vertrauen in die Vereinigten Staaten als diejenige Macht zu erhalten, die weltweit oligarchische Eigentumsrechte durchsetzt und Oligarchenfamilien mitsamt ihren Reichtümern einen sicheren Hafen bietet. Zu den neuen Gewaltmitteln gehört der Einsatz streng geheimer Spezialeinheiten, die potentielle Feinde zum Zweck personalisierter Vernichtung aufspüren sollen; unbemannte Flugzeuge, die einen jeden an fast jedem Punkt der Erde töten können; Inhaftierung und Folterung einer unbekannten Zahl von Menschen in einem weltweiten System geheimer Gefangenengelager; und die allgegenwärtige Überwachung möglicher Widerstandsbewegungen mit Hilfe von Big Data-Technologie. Ob dies freilich zur Wiederherstellung der alten globalen Ordnung ausreichen wird, lässt sich bezweifeln – besonders, wenn man den Aufstieg Chinas zu einem starken wirtschaftlichen und, in geringerem aber zunehmendem Maße, militärischen Rivalen der USA in Betracht zieht.

Alles in allem befindet sich der Kapitalismus – als Gesellschaftsordnung, die von einem Versprechen unbeschränkten kollektiven Fortschritts zusammengehalten wird – in einem kritischen Zustand. Wachstum weicht säkularer Stagnation; soweit es noch wirtschaftlichen Fortschritt gibt, kommt er einer immer geringer werdenden Anzahl von Personen und Familien zugute; und das Vertrauen in die kapitalistische Weltwirtschaft balanciert auf einem Kartenhaus von Versprechungen, deren Einlösung immer unwahrscheinlicher wird. Seit den 1970er Jahren hat das kapitalistische Zentrum drei aufeinanderfolgende Krisen – Inflation, öffentliche Verschuldung und Privatverschuldung – durchgemacht. In der ungewissen Übergangsphase dieser Tage hängt sein Überleben davon ab, dass die Zentralbanken es unbegrenzt mit synthetischer Liquidität versorgen. Stück für Stück zerbricht die Zwangsheirat, die den Kapitalismus seit 1945 mit der Demokratie verband. An den drei Fronten der Kommodifizierung – Arbeitskraft, Natur und Geld – sind regulative Institutionen, die den Fortschritt des Kapitalismus zu seinem eigenen Besten gezügelt haben, kollabiert, und nach dem Endsieg des Kapitalismus über seine Feinde ist keine politische Kraft in Sicht, die sie wiederherstellen könnte. Das kapitalistische System leidet unter mindestens fünf sich verschlimmernden Funktionsstörungen, gegen die es bislang kein wirksames Mittel gibt: nachlassendes Wachstum, Oligarchie, Aushungerung der öffentlichen Sphäre, Korruption und internationale Anarchie. Was in Anbetracht der jüngsten Geschichte des Kapitalismus zu erwarten steht, ist eine lange und schmerzhafte Periode kumulativen Verfalls: sich verschärfende Friktionen, zunehmende Fragilität und Ungewissheit sowie eine laufende Abfolge „normaler Unfälle“ – nicht zwangsläufig, aber durchaus möglicherweise von der Größenordnung der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre.